

## **Die Krise nach dem Krieg – Politik und Medien zwischen den Fronten**

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion

10. Oktober 2002

gemeinsame Veranstaltung mit „Reporter ohne Grenzen“

Am Podium:

Freimut Duve, Medienbeauftragter der OSZE

Gisela Dachs, Nahost-Korrespondentin, *Die Zeit*

Kemal Kurspahić, ehemaliger Chefredakteur von *Oslobodjenje*, Sprecher des ODCCP/UN-Office for Drug Control and Crime Prevention in Wien

Siba Shakib, Buchautorin und Dokumentarfilmerin

Marie Roger Biloa, Herausgeberin von *Africa International*, Paris

Moderation:

Rubina Möhring, Journalistin, ORF.

Rubina Möhring, ORF-Journalistin und Vorsitzende der österreichischen Sektion von „Reporter ohne Grenzen“, erläuterte in ihren einleitenden Worten das Thema der Podiumsdiskussion. Man habe es gewählt, so Möhring, um zu hinterfragen, inwieweit es in Konfliktgebieten möglich sei, zu einer objektiven Medienberichterstattung zu kommen. Nach der Vorstellung der Teilnehmer verwies Möhring auf den jährlich erscheinenden Bericht von „Reporter ohne Grenzen“, in dem seit zwei Jahren auch Österreich als eines jener Länder geführt werde, in dem die Pressefreiheit beschädigt sei. Sie habe den Eindruck, meinte Möhring weiter, dass man sich in unseren heutigen Demokratien schon so an die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit gewöhnt habe, dass man diese manchmal vernachlässige.

Als erste berichtete die Dokumentarfilmerin, Autorin und Journalistin Siba Shakib über die Situation der Medien in Afghanistan, wo sie seit vielen Jahren immer wieder arbeitet. Man habe es mit einem kriegszerstörten Land zu tun, in dem 90 Prozent der Bevölkerung Analphabeten seien und der Zugang zu Medien – etwa Fernsehgeräten – äußerst schwierig sei. Diejenigen, die für die täglich einige Stunden gesendeten Programme zuständig seien, verfügten über keinerlei kontinuierliche Erfahrung als Journalisten. Trotzdem entstünden viele neue Printmedien, deren Qualität allerdings miserabel sei. Es handle sich, so Shakib, um eine „sehr unreife Situation“. Sie erzählte vom Aufbau einer Radiostation unter ihrer Beratung und meinte weiter, dass es besonders ausländische Medien in Afghanistan ungeheuer schwer hätten. Die Journalisten würden sich erstens nicht auskennen und wären zweitens gezwungen, mit Übersetzern zu arbeiten, die ihrerseits Interessen verfolgten bzw. vom afghanischen Geheimdienst NDS beobachtet oder bezahlt würden. Gisela Dachs, Nahostkorrespondentin der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, erläuterte die Situation der Medien im israelisch-palästinensischen Konflikt. In Zeiten des Friedensprozesses, erklärte

Dachs, sei es für Journalisten relativ einfach gewesen, sich dem moderaten Weg der Versöhnung auf beiden Seiten anzuschließen. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses werde von Journalisten allerdings sehr viel öfter erwartet, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Der israelisch-palästinensische Konflikt sei auch ein medial geführter Krieg. Journalisten hätten darin das Problem, dass sie häufig nicht wüssten, auf welche Aussagen sie sich verlassen könnten.

Die Berichterstattung in Israel, so Dachs, sei weitgehend sehr frei. Allerdings habe sich das Klima verschärft und es gäbe viele Diskussionen zur Rolle der Medienberichterstattung. Für die Palästinenser seien die Medien ein wichtiges Mittel, der Welt zu zeigen, wie die israelische Besatzung aussehe. Allerdings seien Fernsehbilder von Zusammenstößen höchst problematisch, weil sie via „Al Jazeera“ wie ein Lauffeuer durch die gesamte arabische Welt gingen und dort zu einer Aufheizung des Klimas beigetragen hätten, meinte Dachs. Der Informationsfluss sei – auch dank der englischsprachigen Ausgabe der hebräischen Tageszeitung „Ha'aretz“ – breiter geworden. Im israelischen Fernsehen habe sich der Druck auf Journalisten jedoch verschärft. Nach Anschlägen gäbe es stets Diskussionen darüber, wie und in welchem Ausmaß über das Leid der anderen Seite berichtet werden solle. Auf palästinensischer Seite wurde das Fernsehen erst mit dem Beginn der Autonomiebehörde aufgebaut, dort stünden die Medien sehr viel stärker unter Kontrolle und Selbstzensur.

Kemal Kurspahić, bosnischer Journalist und Sprecher des UN-Office for Drug Control and Crime Prevention in Wien, berichtete über die Mediensituation in Bosnien-Herzegowina, wo kurz zuvor die Nationalisten die Wahlen gewonnen hatten. Kurspahić betonte, dass man nach wie vor den Preis zahle für zwei Fehler, die die internationalen Vermittler in Bosnien-Herzegowina gemacht hätten. Erstens habe man die Medien in den Händen der Nationalisten belassen – als Beispiel erwähnte er die Medien der Republika Srpska, deren Präsident der nun nach Den Haag ausgelieferte Momcilo Krajsnik gewesen sei –, und zweitens hätten internationale Mediatoren das Aufarbeiten der Wahrheit und das Erzählen erlittener oder erlebter Verbrechen aus Angst vor einer möglichen Beeinträchtigung des Friedensprozesses nicht gefördert. Diese Entwicklungen hätten nach dem Krieg den Nationalisten sehr geholfen, meinte Kurspahić, und letztlich einen Anteil daran gehabt, dass diese als Sieger aus den Wahlen hervorgehen konnten.

Nach diesen Überblicksdarstellungen bat Rubina Möhring Freimut Duve um eine Stellungnahme dazu, wie man nach Zeiten des Kriegs und der Zerstörung die Jugend wieder auf eine Welt vorbereiten könne, in der der Zugang zu Informationen funktioniere und es

freie Meinungsäußerung gäbe. Duve, Medienbeauftragter der OSZE, berichtete von Initiativen seines Büros in diese Richtung. Er erzählte von Schülerzeitungsgründungen und von der Gründung von Internet-Cafés und Kommunikationssträngen zwischen verschiedenen Städten in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien. Er berichtete von Erfahrungen mit einem „fahrbaren“ Gymnasium, in das Jugendliche zu Arbeitsgruppen eingeladen würden. Häufig habe er erlebt, dass den Jugendlichen der Zugang zu dieser Einrichtung erschwert würde, erzählte Duve. Man habe gerade im Bosnienkrieg – auch medial – den Fehler gemacht, den Begriff des Bürgers durch die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe zu ersetzen. Durch diese Propaganda, so Duve, sei Leid stabilisiert worden.

Marie Roger Biloa, aus Kamerun stammende und jetzt in Paris lebende Herausgeberin von „Africa International“ und Geschäftsführerin der Mediengruppe „Africa International Times“, berichtete über die Situation der Medien in Afrika, insbesondere an der Elfenbeinküste. Der große Unterschied zum Nahen Osten, so Biloa, liege darin, dass für Afrika wenig Interesse bestünde, es wenige Spezialisten gäbe und sich daher Fehlinformationen über Afrika bzw. einzelne afrikanische Konflikte mit größter Leichtigkeit in den Medien verbreiteten. Biloa brachte einige Beispiele dafür aus Ruanda und der Elfenbeinküste und kam zu dem Schluss, dass die Medien dort Teil des Konflikts seien, anstatt seriös über die Situation zu berichten.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion standen die Themen der Sicherheit von Journalisten in Krisengebieten und die Frage der Zensur. Gisela Dachs erzählte, dass in Israel bestimmte Artikel zu Sicherheitsfragen der Militärzensur unterlägen. Das gälte allerdings nicht für Auslandsberichterstatte. Freimut Duve berichtete von den Untersuchungen seines Büros zu unterschiedlichen Formen der Zensur – von struktureller und indirekter Zensur bis zur Zensur durch Mord; eine Methode, zu der Kemal Kurspahić mehrere Beispiele aus seinem früheren journalistischen Umfeld nannte. Zur Frage der Sicherheit von Journalisten meinte Duve, dass man es in Krisengebieten häufig mit Kameraleuten und Fotografen ohne Krisenerfahrung zu tun habe. Siba Shakib forderte verantwortungsvolles Verhalten bei den Konsumenten von Medien ein. Man habe als Konsument die Verpflichtung, so Shakib, von Medien die Mitteilung der Hintergründe einer Berichterstattung und die Beschreibung politischer Zusammenhänge einzumahnen. Dann sei die Chance geringer, dass ein Konflikt wie der afghanische weiterhin immer wieder als Konflikt zwischen Volksgruppen dargestellt würde, was die Unwahrheit sei. Abschließend kam Freimut Duve auf das Thema „Journalismus und Korruption“ zu sprechen und erzählte von einer zentralasiatischen Journalistenkonferenz, bei der mutige Journalisten auf die „Mafiawirtschaft“ ihrer Länder hingewiesen hätten. Er verwies darauf, wie wichtig es gerade nach dem 11. September sei, dass journalistische Arbeit auch weiterhin deutlich und nach

bestem Gewissen auf Missstände aufmerksam mache und dazu per Grundgesetz die Möglichkeit haben müsse.